

Dresdner Volkszeitung



Verlagsdruckerei: Dresden, Rabe & Comp., Nr. 1206.

Organ für das werktätige Volk

Kontakto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Säpf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangebrief mit den notwendigen Belegungen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 35261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsbesorgung: Wettinerplatz 10, Telefon 35261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 20 mm breite Kompatibelzeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Mellemzeile 150 Goldpf., für auswärtige Zeitungen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Preiszettel 40 Proz. Rabatt. Für Zeitungsverlegung 10 Goldpf.

Nr. 1

Dresden, Freitag den 2. Januar 1925

36. Jahrg.

Glückwünsche zum Neujahr

Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident Ebert empfing am Neujahrsabend die Chefs der fremden diplomatischen Botschaften in Deutschland. Die Glückwünsche des Diplomatischen Korps brachte der Apostolische Nuntius Signorace Pacelli mit einer Ansprache zum Ausdruck, in der es hieß:

In den vergangenen Jahren habe ich mich zum Dolmetsch der tiefen und peinlichen Sorgen der Stunde machen müssen und habe zugleich dem Wunsch Ausdruck gegeben nach einer besseren, nach einer von Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Frieden erfüllten Zukunft, ein Wunsch, der von allen meinen hervorragenden Kollegen im Herzen getragen wurde. Inmangelt der unaufhörlich wieder auftretenden Schwierigkeiten und Hindernisse scheint es, als ob dieser Wunsch sich zu erfüllen begonnen habe. Wir sind glücklich, die Morgenröte dieses neuen Jahres zu begrüßen als eine Morgenröte des Wiederaufbaues und des Fortschritts. Möchten mit Hilfe der Vorsehung die hervorragenden Erfolge des letzten Jahres das Unterband bilden für einen engeren Zusammenhalt, für eine innigere und herzlichere Verständlichkeit zwischen den Völkern, möchten sie das Wahrzeichen eines mächtigeren Emporstiegs der Nation sein zu den höheren Regionen der Wahrheit, Gerechtigkeit und Güte.

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten: Nehmen Sie meinen aufrichtigen Dank entgegen für die Glück- und Segenswünsche, die Sie im Namen des Diplomatischen Korps dem deutschen Volk und mir ausgesprochen die Güte hatten.

Es ist mir eine lebhaft begrüßte, mit Ihnen festhalten zu können, daß im vergangenen Jahre an der Behandlung schwerwiegender, internationaler Fragen in einem Geiste gearbeitet worden ist, der die Hoffnung auf eine Lösung im Wege der Verständigung und Verständigung neu belebt hat. Räte der Völkergemeinschaft und der Geist der Gerechtigkeit sind auch im kommenden Jahre die Regierungen bei den noch der Lösung harrenden Entscheidungen besonnen, und möge so das, was im vergangenen Jahre erfolgreich begonnen wurde, auch im kommenden Jahre glücklich weitergeführt werden. Auch die Fragen, deren Regelung noch offensteht, und deren Lösung der nächsten Zeit vorbehalten ist, sind von schwerwiegender und weittragender Bedeutung für die Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der Welt; es wird der Anteiligung aller Regierungen und aller Völker bedürfen, um auch hier von Geist des Rechts und des Friedens den Weg bestimmen zu lassen, auf dem die europäische Ordnung einträglich wiederhergestellt werden soll. Nur dann, wenn diese Aufgabe gelingt, wird auch in den Herzen der Völker der Frieden treue und lebensfähige Wurzeln setzen können, nur dann werden die Verbindungen geschaffen sein, die unerlässlich sind für den Wiederaufbau Europas und einer Welt, in der friedliche Völker in edler Völkergemeinschaft gemeinsam arbeiten am Fortschritt der Weltbildung und einer in den Diensten des Friedens gefühlten Einheit. Das deutsche Volk ist gewillt, unter Einwirkung aller seiner Kräfte an diesem Wiederaufbau mitzuwirken, und wünscht dazu beitragen zu können, daß für die ganze Welt eine neue Ära des Fortschritts, der Freundschaft und des Friedens anheben möge, die Sie, Herr Nuntius, für die Zukunft mit heiligen Herzen eröffnen.

Jum neuen Jahre spreche ich, zugleich im Namen des deutschen Volkes, Ihnen Herr Nuntius, und Ihnen, meine Herren, zugleich für Ihre Staatsoberhäupter, Regierungen und Völker meine herzlichsten und aufrichtigsten Wünsche aus.

Hierauf begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. Bei dem Empfang waren der Reichsminister Dr. Treubmann und die Staatssekretäre Dr. von Schubert und Dr. Reichner zugegen.

Im Anschluß hieran wurden der Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler hielt eine Ansprache, in der er die Fortschritte des letzten Jahres pries, die neuen Schwierigkeiten feststellte und auf friedliche Verständigung hoffte.

Der Reichspräsident erwiderte mit Worten des Dankes und sagte fort: Das abgelaufene Jahr ist, wie ich mit Befriedigung am heutigen Tage feststellen kann, in jeder Beziehung ein Jahr fortwährender Befriedigung und Festigung für unser so schwer gequältes Vaterland gewesen; unsere Währung, unsere Staatsfinanzen, unsere Wirtschaft sind von den bösen Erscheinungen und Rückschlüssen der Inflation befreit und wieder auf feste und zuverlässige Grundlagen gestellt, und das Leben unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet ist erleichtert worden. Daß diese Fortschritte erreicht werden konnten, verdankt Deutschland in erster Linie der Tapferkeit und dem Verantwortlichkeitsbewußtsein, mit denen Sie, Herr Reichskanzler, und Ihre Ministerkollegen Ihre hohen Ämter verwaltet haben. Es ist mir eine lebhaft begrüßte Gelegenheit, dies hier am heutigen Tage im Geiste herzlicher Dankbarkeit und aufrichtiger Anerkennung auszusprechen zu können.

Sie sprachen, Herr Reichskanzler, von der ersten Sorge, mit der das neue Jahr beginnt, von dem wir den Anfang der Befreiung des Rheinlandes erhoffen. Alle Deutschen, welcher Parteizugehörigkeit sie auch angehören mögen, sind hier einig in dem Gefühl bitterer Enttäuschung und dem Bewußtsein eines unangenehm neuen schmerzlichen Unrechts. Unter einer Begründung, die wir noch nicht kennen und noch nicht nachprüfen können, von deren Galtlosigkeit wir aber alle überzeugt sind, soll uns, dem einzig wirklich entschlossenen Völkern in einem sonst noch hoffnungslos brüchigen Europa, das verlegt werden, was in dem so unendlich harten Friedensvertrag allein zu unseren Gunsten enthalten ist: die Räumung besetzten deutschen Bodens.

Unser aller erster Wunsch am heutigen Neujahrsabend ist der, daß der Geist der Gerechtigkeit und der Willen zur Verständigung der Völker obliegen mögen über die Idee der Macht und Gewalt, und daß uns und unseren Vorfahren an Weisheit und Mäßigkeit was werde, worauf wir Anspruch haben: Recht und Freiheit!

Später übermittelten der Reichspräsident Walraf und die Vizepräsidenten Dr. Richter und Dittmann die Wünsche des Reichspräsidenten und die anderen die Glückwünsche der Einzelbotschaften, der Reichsminister, Reichsminister usw.

Entscheidung über Köln

Die Völkervereinbarungskonferenz beschloß ein gemeinsames Vorgehen in Berlin

P. Paris, 1. Januar. (Eigener Draht.) Die Völkervereinbarungskonferenz hielt am Mittwoch eine mehrstündige Sitzung ab, in deren Verlauf u. a. die an Deutschland zu richtende Note beraten wurde. Am Schluß der Sitzung wurde folgende Mitteilung veröffentlicht:

Die Völkervereinbarungskonferenz hat um 4.30 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie hat den alliierten Regierungen den Text der Note, den sie nach ihren Instructions zwecks Mitteilungs an die deutsche Regierung betreffs der Kölner Zone vorbereitet hat, übermittelt. Die Übermittlung an die deutsche Regierung wird durch Vermittlung der alliierten Völkervereinbarungskonferenz in Berlin erfolgen. Die Note wird erst veröffentlicht werden, nachdem die Überreichung stattgefunden hat.

Diese Erklärung läßt es zweifelhaft erscheinen, ob der Text der Note definitiv ist oder ob dazu eine formelle Zustimmung der alliierten Regierungen, denen sie zur Kenntnisnahme übermittelt worden ist, erforderlich ist. Auch die Auffassung der französischen Presse geht in diesem Punkte stark auseinander. Im Gegensatz zum Echo de Paris, das neue Modifikationen für möglich hält, erklären Petrus Parisis und Matin, daß es sich hier lediglich um eine Frage der Probe handelt und die Übermittlung der Note an die beteiligten Kabinette lediglich deshalb erfolgt ist, um der Kritik der Alliierten zu geben.

Der Text der Note soll erst veröffentlicht werden, wenn die deutsche Regierung davon offiziell Kenntnis erhalten haben wird. Das wird kaum vor Ende der Woche der Fall sein, da der gemeinsame Schritt der Völkervereinbarungskonferenz in Berlin nicht vor Sonntag zu erwarten ist. Ueber die Tendenzen der Note enthalten die Donnerstag-Morgenblätter Informationen, die einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich haben. Danach wird die Nichträumung der Kölner Zone begründet einmal mit der Tatsache, daß die Kontrollkommission noch nicht in der Lage gewesen sei, den Schlussbericht über die Generalinspektion zu erstatten, und andererseits mit dem Hinweis darauf, daß die vorliegenden Halbmonatsberichte der Kommission bereits die Feststellung enthalten hätten, daß Deutschland zahlreiche Verstöße gegen die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages begangen habe. Demnach scheint es in dieser Frage der äußeren Probe zu einem Kompromiß zwischen der französischen und der englischen These gekommen zu sein. Aber auch materiell dürfte sich die Völkervereinbarungskonferenz auf eine mittlere Linie geeinigt haben.

Ihre Note spricht nach den übereinstimmenden Mitteilungen der Pariser Presse unambiguos aus, daß die Veränderung der Räumung zunächst nur provisorischer Natur ist und ein endgültiger Beschluß erst erfolgen wird, sobald der abschließende Bericht der alliierten Kontrollkommission vorliegt. Das dürfte in etwa 3 bis 4 Wochen der Fall sein. Sie scheint darüber hinaus weiterhin anzudeuten, daß die Völkervereinbarungskonferenz dann in ihrer definitiven Mitteilung der deutschen Regierung Kenntnis von den von der Kontrollkommission festgestellten Verletzungen geben wird, unter ausdrücklicher Zusage, daß die Kölner Zone geräumt werden soll, sobald Deutschland auch in diesen Punkten

seinen Verpflichtungen nachgekommen sein wird. Jedenfalls kann nach allem, was über die Beschlässe der alliierten Regierungen bekannt geworden ist, kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß die von einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland den alliierten Regierungen zugeschriebene Absicht, die Befreiung von Köln unbegrenzt zu verlängern, aufzuheben, allzu pessimistischen Befürchtungen entsprechen ist. Es dürfte sich vielmehr lediglich um einen Aufschub von einigen Monaten handeln, vorausgesetzt, daß die Konstituierung einer wirklich republikanischen Regierung in Berlin Frankreich und Belgien die von ihnen als unerlässlich angesehenen moralischen Garantien für ihre Sicherheit bietet.

Die Gewerkschaften erheben ihre Stimme

Düsseldorf, 31. Dezember. (Eig. Draht.) Der Gewerkschaftsausschuß für das besetzte Gebiet tagte am 30. Dezember in Köln. Vertreter waren Delegierte aller Richtungen. Eine lebhaft diskutierte die Stellungnahme der Völkervereinbarungskonferenz in Paris aus, nach der die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar nicht erfolgt. Entscheidung wurde nachfolgende Entschiedenheit angenommen:

„Der Gewerkschaftsausschuß für das besetzte Gebiet als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung erhebt Einspruch und Protest gegen die beschlossene Verlängerung der Befreiung der auf Grund des Versailler Vertrages am 10. Januar 1924 zu räumenden 1. Zone. (Kölner Zone).“

Der Gewerkschaftsausschuß hat sich nicht für Erfüllung dieses Vertrages eingesetzt und sich gegen alle weiterverbleibenden Befreiungen gewandt. Die Nichtbefreiung würde als rechtlich und vertragsmäßig bekämpft, wobei das Ziel der Befreiungsmöglichkeit nicht aus dem Auge verloren wurde. Mit Genehmigung konnte in den letzten Monaten eine merkwürdige Entspannung der Lage im besetzten Gebiet wahrgenommen werden. Alle Hoffnungen auf weitere Entspannung wurden vernichtet, wenn die Räumung der 1. Zone zum vertragmäßigem Zeitpunkt nicht erfolgt. Die Gewerkschaften empfinden dies als einen schweren Schlag für alle Befreiungsbefreiungen und sind entsetzt, daß kleinliche Vorwände benutzt werden, um die Befreiung der 1. Zone zu verhindern. Sie betrachten die Verlängerung der Befreiung als eine neue Enttäuschung, nur geeignet, der Bevölkerung des besetzten Gebietes den Glauben an die Billigkeit internationaler Verträge zu rauben. Jegliche weitere Verlängerung der Befreiung hindert die Entwicklung der Volkswirtschaft, vermehrt Not und Leiden der Bevölkerung und stellt die Erfüllung der Verträge, insbesondere des Versailler Abkommens, in Frage.

Der Gewerkschaftsausschuß spricht die Erwartung aus, daß die beteiligten Regierungen sofort in Verhandlungen treten, um die vorliegenden Differenzen zu beseitigen.

Besätzlich der Regierungsbildung bezirkt der Gewerkschaftsausschuß die Meinung, daß das besetzte Gebiet ganz unabweisbar am 7. Dezember durch den Stimmentzettel für die demokratische Staatsform erklärt habe. Eine Entscheidung, die das ausdrückt, und zu anderen mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen Stellung nimmt, soll am 2. Januar formuliert werden.

Die Entschuldigungsansprüche der Wirtschaft des besetzten Gebietes sind durch die zuständigen Reichsministerien geregelt worden, ohne daß die Gewerkschaften Gelegenheit gehabt hätten, sich hierzu zu äußern. Das widerspricht der früheren Zusage der zuständigen Stellen. Der Gewerkschaftsausschuß wird dagegen Einspruch erheben.

Das Los des Kabinetts Herriot

Genosse Paul Faure schreibt uns aus der Kammer: Das Kabinett Herriot hat das alte Jahr zu Ende gebracht. Wie weit oder wie nah es ins neue hineinschreiten wird, ist die Hindernisse aller Art, die auf seinem Wege liegen, überwinden können? Niemand kann das voraussagen.

Der Senat begünstigt ihm eine offene und feindliche Natur ist und in der Kammer werfen ihm einige Unzufriedenheiten unter den Radikalen, welche es recht eilig haben, seine Nachfolge anzutreten, die herkömmliche „Abfallmehlschale“ vor die Füße, über die er ausgleiten und zu Fall kommen soll.

Das alles wäre jedoch nicht so schlimm, wenn der Ministerpräsident nicht krank wäre. Man ist sich in der Tat darüber einig, daß, wenn Herriot nicht binnen ganz kurzer Zeit die Bügel der Regierung selbst wieder in die Hände nehmen kann, seine Stellung recht bald ershüttert sein wird.

Inzwischen geht die Rivalität zwischen Kammer und Senat weiter. Eine dumpfe, verhaltene Feindschaft, die einen offenen Charakter anzunehmen droht, stellt Senat und Abgeordnetenkammer einander entgegen. Das hat sich beim Vorschlag über das Amnestiegesetz gezeigt, das ziemlich verstimmt vom Senat an die Kammer zurückgegangen ist. Die Linke der Kammer hat nur widerwillig für dieses Gesetz in seiner jetzigen Gestalt gestimmt. Man kann sich aber auf eine Berichtigung des Justizgesetz gefaßt machen, wenn die sozialen Geise zur Verhandlung kommen werden.

Und schon spricht die reaktionäre Presse von einer Kammerauflösung. So schnell wird das aber doch nicht gehen. Denn der Senat wird sich wohl überlegen, bevor er sich auflöst. In diesem Falle nämlich habe

die Wahlparole: „für oder gegen den Senat“. Und es ist durchaus nicht bewiesen, daß die Volksmehrheit sich nicht gegen die „hohe Senatsversammlung“ aussprechen würde, die ja auf Grund des beschränkten und indirekten Wahlrechts gewählt ist.

Die Amnestie angenommen

P. Paris, 1. Januar. (Eig. Draht.) Kammer und Senat haben in der Silbernacht in ihren Sitzungen, die bis in die frühen Morgenstunden des neuen Jahres dauerten, ein umfangreiches Arbeitspensum aufgearbeitet. Die Kammer hat nach einer lebhaften Debatte, in der es zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken zu einer regelrechten Prügelei kam, mit 340 gegen 136 Stimmen das Amnestiegesetz in der Fassung des Senats angenommen, nachdem die Mehrheit durch den Mund des Abgeordneten Leon Blum der Regierung die ausdrückliche Zusage abgerungen hatte, daß die Amnestie auch auf die im Zusammenhang mit den kommunistischen und anarchistischen Untritten begangenen Vergehen ausgedehnt werden und den widerspenstigen Delegationen der Eisenbahngesellschaften beschlämmliche Wiederentstellung der aus Anlaß des Streiks im Jahre 1920 entlassenen Eisenbahner (gegebenenfalls durch Führung der Strafen) aufgelegt werden soll. Angenommen wurden ferner die zwei provisorischen Budgetgesetze für die beiden Monate Januar und Februar 1925, wobei von der Regierung die Zusage gegeben wurde, daß die unfröhliche Gesandtschaft am Vatikan einstweilen aufrechtzuerhalten werden soll, bis Kammer und Senat Einigkeit über die Stellung zu nehmen. Ein Versuch des Senats, die notwendige Teuerungsgulose von 500 Franc, die Regierung und Kammer den Beamten als vorläufige Abschlagszahlung auf die in Aussicht gestammene Gehaltsverbesserungen zugebilligt hatte, auf 200 Franc herabzusetzen, wurde von der Kammer mit Erfolg zurückgewiesen. Unter den von der Kammer bewilligten Summen befinden sich u. a. auch der von der Regierung angeforderte Kredit zur Erhaltung des auf der letzten Tagung des Völkerbundes gutgeheißenen Instituts für die internationale Informationsarbeit auf geistlichem Gebiet.